

Was Soll das Gejammer, es kommt noch schlimmer !

Wörtliche Wiedergabe eines Gespräches zwischen Insider.

Empfangen am 23—FEB—2005 17:32

Protokoll vom 17.02.2005

SPD-Abgeordneter :

Lieber Herr X., sind Sie sicher, dass die Leute wieder gewählt werden wollen, oder glauben Sie, es wird deswegen soviel Mist gebaut, weil sie genau davor Angst haben ?

Herr X., CDU :

Mein lieber Freund, als Abgeordneter der SPD meinen Sie diese Frage doch nicht ernsthaft, oder ?

SPD-Abgeordneter :

Doch, sehr Ernst sogar. Denn wie sonst soll ich mir erklären, warum unsere Regierung und deren Kabinettsmitglieder dümmer handeln, als jeder Stammtischpolitiker denkt.

Herr X., CDU :

Es gibt 10 wahre Sätze in der Politik, die Sie als Vertreter ihres Wahlkreises nicht sagen sollten, zwei davon haben Sie eben losgelassen. Hat da jemand mitgehört ?

SPD-Abgeordneter :

Ist mir gleichgültig wenn schon. Sagen Sie, Herr Kollege, steckt da am Ende vielleicht mehr dahinter ?

Herr X., CDU :

Was meinen Sie? Denken Sie vielleicht an einen altbekannten Virus, dem sich zur Zeit speziell Politiker gegenüber als sehr anfällig erweisen, weil er nur auf ein Medikament reagiert, den Euro.

SPD-Abgeordneter :

Von was reden Sie ?

Herr X., CDU :

Vom Korruptionsvirus der offensichtlich in dieser Republik epidemieartig um sich greift und mit dem Werbeslogan „Wer nicht korrumpiert ist unehrlich“ regerecht dazu einlädt.

SPD-Abgeordneter :

Nun sind Sie derjenige, der den dritten wahren Satz von sich gab. Ist Ihnen das klar ?

Herr X., CDU :

Ist doch so, von uns kann jede auf der Erde existierende Bananerepublik noch lernen. Dazu kommt die um sich greifende Volksverdummung, deren Handlanger Bequemlichkeit und Vergesslichkeit ist. Das Ganze unterstützt durch die so genannte Pisastudie, damit können sie den Verblödungsgrad der Bürger exakt bestimmen. Da lässt es sich regieren, wie auf einem anderen Stern, zudem jede Mogelpackung erfolgreich verkaufen, wenn es schief geht auch erklären.

SPD-Abgeordneter :

Können Sie mir dafür ein Beispiel nennen ?

Herr X., CDU :

Eins ? Tausende. Unter anderem frage Ich mich, warum im Jahre 2004 der damalige BA - Chef Gerster, wegen der Vergabe von Beraterverträgen in Höhe von 25 Millionen Euro, gefeuert wurde.

Was Soll das Gejammer, es kommt noch schlimmer !

Wörtliche Wiedergabe eines Gespräches zwischen Insider.

Auch 2005 gibt die Bundesagentur für Arbeit (BA) 25 Millionen für Sachverständige aus. Muss deswegen der jetzige Chef zurücktreten ? Nein. Da liegt doch offensichtlich einiges im Argen. Aber kein Schwein fragt danach.

SPD-Abgeordneter :

Ja gut, aber.

Herr X., CDU :

Was, je aber, es wird doch augenscheinlich mit zweierlei Maß gemessen und dabei einiges vertuscht.

SPD-Abgeordneter :

Darauf noch mal meine Frage, ist das alles Absicht ?

Herr X., CDU :

Sie wissen natürlich auch, unsere Republik ist praktisch pleite. Jedes Unternehmen hätte schon längst Insolvenz angemeldet und gleichzeitig Ermittlungsverfahren wegen Veruntreuung gegen leitende Manager eingeleitet.

Unfähigkeit, ist glaube Ich noch nicht strafbar oder? Ist mir da etwas entgangen?

SPD-Abgeordneter :

Wir haben uns doch verpflichtet, aufrichtig, ehrlich und zum Wohle dieses Landes unsere Arbeit zu tun.

Herr X., CDU :

Mein lieber Mann, wie naiv sind Sie eigentlich noch, dieses Land ist nicht nur für Politiker zum Selbstbedienungsladen verkommen.

SPD-Abgeordneter :

Und der Eid zum Wohle des Deutschen Volkes ?

Herr X., CDU :

Richtig, jeder Politiker legt bei Amtsantritt einen Eid ab, manchmal im Name Gottes, immer jedoch zum Wohle des Volkes. Zum Wohle welchen Volkes ?

Wie Wohl geht es dem Volk, bei Rekordinsolvenzen bei steigender Armut, bei zunehmender Arbeitslosigkeit.

Wenn Sie als Zeuge vor Gericht einen Meineid ablegen, gehen Sie ohne Umwege in den Knast. Dies zu Beweggründen Pflichte, Moral und Motiven.

Also, müssen es andere Gründe sein, die diese Chaosrepublik entstehen ließen und nun zulassen

SPD-Abgeordneter :

Lieber Herr X., Sie sind richtig sauer.

Herr X., CDU :

Nein, ich bin nicht sauer, ich habe nur Bedenken, eines Tages dafür die Birne hinhalten zu müssen Dazu habe ich keine Lust. Sie wissen ja, die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen.

SPD-Abgeordneter :

Halten Sie das für möglich ?

Herr X., CDU :

Natürlich halte ich das für möglich, sogar für sehr wahrscheinlich.

Vielleicht ist es Ihnen entgangen, aber durch die Streichung des Artikels 23 des Grundgesetzes für die

Was Soll das Gejammer, es kommt noch schlimmer !

Wörtliche Wiedergabe eines Gespräches zwischen Insider.

Bundesrepublik Deutschland am 17.07.1990 durch US Außenminister James Baker in Paris, existiert das Provisorium „Bundesrepublik Deutschland“ nicht mehr Lassen wir das, dazu gibt es noch viel zu sagen, eventuell während eines anderen Gespräches.

SPD-Abgeordneter :

Wie meinen Sie das, Herr Kollege ?

Herr X., CDU :

Ja was glauben Sie denn ? Was glauben Sie, wie lange das alles noch gut geht ? Schwachsinn ist standardisiert, Lügner werden bevorzugt, Billiglöhner klauen Jobs, Menschen Über 40 zu alt, sollen jedoch ihren Verbindlichkeiten regelmäßig nachkommen, haben andererseits kaum eine Chance auf ein vernünftiges Einkommen. Affären streiten sich um den 1. Rang in der Hitliste, Von wegen 5 Millionen Arbeitslose, wahrscheinlich sind es schon 10 Millionen. Glauben Sie keiner Statistik, die Sie nicht selbst gefälscht haben. Der zuständige Minister meint dazu lapidar „kein Grund zur Panik“

SPD-Abgeordneter :

Leider muß ich Ihnen in vielem Recht geben, aber glauben Sie nicht auch, das die Deutschen manchmal auf höchstem Niveau jammern ?

Herr X., CDU :

Mein lieber Freund von welchem Niveau reden Sie ? Nach den großen Versprechungen Ihres Kanzlers, bezüglich einer Halbierung der Arbeitslosenzahl vor den letzten Bundestagswahlen, hätte der Mann gar nicht antreten dürfen, denn er beging glatten Wortbruch Also, welches Niveau, bei Gott meinen Sie.

SPD-Abgeordneter :

Glauben Sie, Bayerns Ministerpräsident hat Recht, wenn er behauptet, die Zunahme Rechtsradikaler hänge mit der Politik der Regierung zusammen ?

Herr X., CDU :

Mit was denn sonst ? Kein Bürger hatte ernsthaft einen wirklichen Grund, rechte Tendenzen zu unterstützen, wenn es allen in etwa gleichmäßig gut, oder schlecht gehen würde.

SPD-Abgeordneter :

Sie vergessen allerdings dabei, Ihre Partei, die CDU gilt als Wegbereiter.

Herr X., CDU :

Mag sein, wir haben damals Fehler gemacht aber Deutschlands einmaliger Niedergang ist schon eine besondere Leistung von Unfähigkeit. Es ist für eine traditionsreiche, sozialdemokratische Partei nicht unbedingt zuträglich, eine für Deutschland derartige, schadhafte Kapitalverteilung zu ermöglichen.

Was Soll das Gejammer, es kommt noch schlimmer !

Wörtliche Wiedergabe eines Gespräches zwischen Insider.

SPD-Abgeordneter :

Was verstehen Sie genau unter schadhafte Kapitalverteilung ?

Herr X., CDU :

Ich rede von frühkapitalistischen Auswüchsen, in denen 10 % der Bevölkerung über rund 90 % des Kapitals verfügen und 90 % der Menschen müssen sich mit den restlichen 10 % zufrieden geben.

Dies ist ein äußerst gefährlicher Verteilungsprozess.

Dazu kommen Entlassungswellen bei gleichzeitigem drastischem Anstieg von Unternehmensgewinnen, verniedlicht mit dem Wort „Gewinnmitnahmen“. Da passt einiges nicht mehr zusammen

SPD-Abgeordneter :

Lieber Herr X., dabei handelt es sich um dringend notwendige Reformen

Herr X., CDU :

Oder um raffgieriges Horten von Kohle unter dem scheinheiligen Deckmäntelchen von halbherzigen und völlig falschen Reformen, bei gleichzeitigem systematischen Geldentzug unter den Normalos.

SPD-Abgeordneter :

Herr X., das sehe ich völlig anders.

Herr X., CDU :

Der Bürger wahrscheinlich bald auch.

SPD-Abgeordneter :

Wie meinen Sie das nun schon wieder ?

Herr X., CDU :

Ganz einfach es braucht sehr lange, bis der Normalbürger auf die Barrikaden geht, man hat ihm das abgewöhnt Aber, wenn es dann eines Tages so sein sollte, weil der Bogen schlicht Überspannt ist, knallt es todsicher richtig, darauf gebe ich Ihnen mein Wort.

Sehen Sie genau hin, Sie werden die Zeichen erkennen, hören Sie genau zu, Sie können das „Krachen im Gebälk“ nicht überhören.

Wenn dazu noch die ganze Wahrheit an das Licht kommt ist eine drastische Veränderung nicht mehr aufzuhalten. In diesem Zusammenhang rate ich Ihnen vorsorglich, Ihr Vermögen im Ausland zu deponieren und eventuell dort rechtzeitig geeignete Aufenthaltsmöglichkeiten zu erwerben.

SPD-Abgeordneter :

Von welcher Wahrheit sprechen Sie ?

Herr X., CDU :

Während unseres Gespräches sprach ich bereits vom zurückliegenden Ablaufdatum der BRD.

Eigentlich wollte ich Sie nicht weiter damit belästige, aber wenn Sie absolut keine Ruhe geben, erkläre ich Ihnen den völkerrechtlichen Status unserer Republik..

Deutschland ist seit dem Ende des zweiten Weltkrieges kein souveräner Staat, sondern militärisch besetztes Gebiet der alliierten Streitkräfte, namentlich der Vereinigten Staaten von Amerika. Es wurde mit Wirkung vom 12.09.1944 beschlagnahmt.

Artikel 1 SHAEF Gesetz Nr. 52 der USA.

Alle Vorbehalterrechte haben bis heute uneingeschränkte Gültigkeit

Dies haben die Alliierten im Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen im Bezug auf Berlin vom 25.09.1990 nochmals bekräftigt.

Unter Punkt 6 der Präambel heißt es:

Die deutsche Souveränität in Bezug auf Berlin wird nicht berührt. (Die nicht bestehende Souveränität)

In Artikel 2 heißt es:

Was Soll das Gejammer, es kommt noch schlimmer !

Wörtliche Wiedergabe eines Gespräches zwischen Insider.

Alle Rechte und Verpflichtungen der alliierten Behörden bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft.

Hören Sie mir überhaupt zu ? Es geht gleich weiter.

Deutschland hat bis heute keinerlei rechtskräftige Friedensverträge mit den Gegnern des zweiten Weltkrieges geschlossen, und zwar weder mit den vier Besatzungsmächten, noch mit irgend einem anderen Staat.

Auf Grund der Artikel 53 und 107 der UN Charta befindet sich Deutschland völkerrechtlich noch mit folgenden Staaten im Kriegszustand:

Vereinigte Staaten von Amerika, Kanada, Großbritannien und Nordirland, Frankreich Russland Belgien, Niederlande, Luxemburg, Dänemark, Finnland, Norwegen, Italien, Weissrussland, Ukraine Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechoslowakei Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Albanien, Griechenland Jugoslawien, Australien, Neuseeland Brasilien, China, Indien, Pakistan und Union Südafrika bzw. mit deren Rechtsnachfolgern.

SPD-Abgeordneter :

Entschuldigen Sie bitte, geehrter Herr X., die Glocke ruft in den Plenarsaal.

Herr X., CDU :

Wenn Sie die Zeit dafür haben, reden wir anschließend weiter. Das Thema der bevorstehenden Aussprache interessiert mich sowie so nicht

Es geht mal wieder um des Offenlegen unserer nebenberuflich erwirtschafteten Einnahmen.

Etwas 2 Stunden später:

Herr X., CDU :

Nun, mein Freund, was sagen Sie dazu ? #

SPD-Abgeordneter :

Nichts.

Herr X., CDU :

Nun, soll ich Sie weiter über bisher geheim gehaltene Tatsachen informieren ?

SPD-Abgeordneter :

Ja, bitte.

Herr X., CDU :

Also, wo waren wir stehen geblieben ? Ach so, beim Status der BRD.

So zum Beispiel, steht fest, das sich an dem von den alliierten Besatzungsmächten auf der Potsdamer Konferenz vom 12.09.1944 gefassten Entschluss, den Staat Deutsches Reich nach einer Besatzungszeit und nach der Schließung eines Friedensvertrages zu einem von den Alliierten zu bestimmenden Datum als souveränen Staat in den ehemaligen Landesgrenzen vom 31.12.1937 wieder herzustellen, bis heute nichts geändert hat.

Die besatzungsrechtlichen Provisorien „Deutsche Demokratische Republik“ und „Bundesrepublik Deutschland“ waren lediglich deutsche Verwaltungsinstitutionen, aber zu keiner, Zeitpunkt völkerrechtlich anerkannte Staaten.

insbesondere waren Sie niemals Rechtsnachfolger des Staates „Deutsches Reich“

Was Soll das Gejammer, es kommt noch schlimmer !

Wörtliche Wiedergabe eines Gespräches zwischen Insider.

Weiter steht fest, daß das besatzungsrechtliche Provisorium „Bundesrepublik Deutschland“ keine vom Volk in freier Wahl angenommene „Verfassung“ sondern lediglich ein „Grundgesetz“ erhielt, des nach Artikel 43 der Haager Landkriegsordnung aus dem Jahre 1907, als ein Provisorium zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in einem militärisch besetzten Gebiet für eine bestimmte Zeit darstellt.

Die lediglich provisorische Natur des „Grundgesetzes“ für die Bundesrepublik Deutschland kommt Im Artikel 146 zum Ausdruck, nämlich wie folgt:

Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tag, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die vom Deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen wird.

In Artikel 25 des Grundgesetzes verpflichten sich die BRD, die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes anzuerkennen. Diese sind Bestandteil des Bundesrechtes.

Sie geben Grenzen vor und regeln unmittelbar Rechte und Pflichten für die Bürger des Bundesgebietes. Die Haager Landkriegsordnung ist einer der völkerrechtlichen Verträge, die dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland übergeordnet sind.

Herr Kollege, können Sie mir noch folgen?

SPD-Abgeordneter :

Ja, bitte fahren Sie fort, ich bin zwar geschockt dies jedoch nicht zum ersten Mal, was die Wahrheitsliebe einiger regierender Herrschaften betrifft.

Herr X., CDU :

Also gut.

Der Staat „Deutsches Reich“ ist als Institution des Völkerrechtes niemals erloschen, da am 08.05.1945 nicht die vom Volk gewählten und auf die Reichsverfassung vereidigten Vertreter der Deutschen Reichsregierung, sondern nur einige Mitglieder der Deutschen Streitkräfte die bedingungslose Kapitulation Deutschlands unterschrieben haben.

Das Deutsche Reich besaß und besitzt deswegen ununterbrochen Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe, selbst nicht handlungsfähig.

Dies wurde auch inzwischen vom Bundesverfassungsgericht und anderen Gerichten festgestellt. Vergleich: Urteile 2 BvL 6/56. BVGE 2,266 (277), BVGE 5,85 (126). BVGE 309, 336 (363).

Gegenteilige Rechtsprechung gibt es dazu nicht

Das besatzungsrechtliche Provisorium BRD war zu keinem Zeitpunkt identisch mit dem Staat „Deutsches Reich“ und konnte zu keinem Zeitpunkt die Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches antreten.

Es kommt noch besser, mein Freund.

SPD-Abgeordneter :

Was sagt die Bundesregierung dazu ?

Herr X., CDU :

Die hat bisher weder den Mut noch den Anstand, dazu offiziell Stellung zu nehmen, Außerdem, was heißt hier unsere Bundesregierung ? Die Rechtsgrundlage dessen, was Ich Ihnen hier erzähle, steht außer Frage. Also, wessen Regierung ist das, die ein Provisorium regiert das offensichtlich aufgelöst ist. Wir sind eine Kolonie der USA.

Aber, weiter in der Stunde der Wahrheit

Demzufolge gibt es nur eine einzige Instanz, die über territoriale oder hoheitliche Belange des Deutschen Volkes entscheiden kann, nämlich nur die Regierung des Deutschen Reiches, niemals ein Vertreter oder eine Institution des Provisoriums BRD oder des Provisoriums DDR. Dies bedeutet

Was Soll das Gejammer, es kommt noch schlimmer !

Wörtliche Wiedergabe eines Gespräches zwischen Insider.

unter anderem auch, daß die Abtretung von Teilen des Deutschen Reichsgebietes zum Beispiel an Polen oder Frankreich, durch Vertreter der Institution BRD rechtswidrig geschah und daher von Anfang an ungültig war Die entsprechenden Gebiete müssen dem Deutschen Reich wieder zurück gegeben werden.

*Berlin war niemals und ist bis heute kein Land der BRD. Im Bestätigungsschreiben der alliierten Kommandantur zur Verfassung von Berlin vom 29.08.1950 haben die Alliierten die Absätze 2 und 3, worin steht, dass Berlin ein Land der BRD ist und das Grundgesetz und die Gesetze der BRD sind auch für Berlin bindend ausdrücklich zurückgestellt
Im Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin vom 25.09.1990 wurde diese Tatsache nochmals bestätigt.
Damit sind die Einwohner von Berlin keine Bürger der Bundesrepublik Deutschland.*

Nun, wie ich bereits vorhin erwähnt habe, wurde der Artikel 23 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland am 17.07.1990 durch US Außenminister James Bake und seinem damaligen sowjetischen Amtskollegen in Paris gestrichen, dies geschah auf Grund der den Alliierten obliegenden Vorbehaltsrechte, damit war der territoriale Geltungsbereich des Grundgesetzes erloschen. Seit dem 18.07.1990 existiert also das besatzungsrechtliche Provisorium BRD, das die Belange des deutschen Volkes bis zu diesem Datum praktisch treuhänderisch zu verwalten hatte, nicht mehr.

Seit dem Erlöschen am 18.07.1990 sind alle von der Regierung und den Behörden der Bundesrepublik Deutschland getätigten Rechtsgeschäfte und Verwaltungsakte rechtswidrig, da die Bundesrepublik nicht auf der Basis einer vom Volk in freier Wahl angenommenen Verfassung regiert wird

*Außerdem sind seit dem 18.07.1990 alle durch die erloschene BRD und deren Vertretern abgeschlossenen Verträge mit anderen Ländern und internationalen Organisationen rechtsun-gültig. Sie sind daher weder für Bürger der nicht mehr existierenden BRD, noch für Bürger des Deutschen Reiches, noch für den jeweiligen Vertragspartner bindend.
Insbesondere ist der so genannten Einigungsvertrag vom 31.08.1990 ungültig.
Artikel 1 des Einigungsvertrages besagt, dass die Länder Brandenburg Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes am 03.10.1990 Länder der BRD werden.
Da dieser Artikel jedoch einige Tage zuvor durch die Alliierten aufgehoben wurde, konnte ein rechtswirksamer Beitritt der ehemaligen DDR zu keinem Zeitpunkt erfolgen.
Somit konnte auch kein Bürger der ehemaligen DDR dem territorialen Geltungsbereich des Grundgesetzes beitreten.*

*Die so genannte „Weimarer“ Reichsverfassung vom 11.08.1919 hat dadurch nach wie vor Gültigkeit (Mit Ausnahme der von den Nationalsozialisten vorgenommen, Änderungen, dafür jedoch mit einigen von den Alliierten vorgeschriebenen Neuerungen).
Sie ist seit dem 18.07.1990 die einzige gültige Rechtsgrundlage des Deutschen Volkes.
Sie gilt im gesamten Gebiet des Deutschen Reiches in den ehemaligen Landesgrenzen vom 31.12.1937.
Alle innerhalb dieser Grenzen geborenen Personen sind gemäß Reichs- und Staatsangehörigengesetz vom 22.07.1913 und nach Artikel 116 des Grundgesetzes für die BRD, Deutsche und demzufolge Bürger des Deutschen Reiches.
Sie waren höchstes bis zum 17.07.1990 Bürger der BRD.*

Was Soll das Gejammer, es kommt noch schlimmer !

Wörtliche Wiedergabe eines Gespräches zwischen Insider.

Bürger des Deutschen Reiches stehen deshalb der BRD exterritorial gegenüber und unterstehen seit dem 18.07.1990:

*Bürgerrechtlich, gemäß Artikel 50 Satz 1, EGBGB vom 29.11.1952,
Allgemein- und Verwaltungsrechtlich, gemäß § 3 Abs. 1 FGG vom 12.09.1950,
Strafprozessrechtlich gemäß § 11 Abs. 1 Satz 1 vom 07.04.1978,
zivilrechtlich gemäß § 15 Abs. 1 Satz 1 ZPO vom 12.09.1950 und
gerichtsverfassungsrechtlich gemäß § 71 Abs. 2 Satz 2 und 1 und § 20 Abs. 1 GVG vom 09.05.1975,*

nicht mehr den Behörden und der Gerichtsbarkeit der de jure erloschenen und nicht mehr existierenden BRD.

SPD-Abgeordneter :

Lieber Kollege, sie machen Witze, oder suchen den direkten Weg in die Klappse ?

Herr X., CDU :

*Weder noch, mein Freund und am Ende bin ich auch noch nicht
Daraus ergibt sich, dass jeder Verwaltungsakt, der von Behörden der seit dem 18.07.1990
erloschenen BRD an Bürgern des Deutschen Reiches und an deren Eigentum durchgeführt worden ist,
ein Übergriff bzw. eine Souveränitätsverletzung und daher schadenersatzpflichtig ist.
Außerdem sind alle seitdem 18.07.1990 von den Behörden eingeforderten Geldleistungen, Sachwerte
oder Dienstleistungen rechtswidrig erworben.
Nach meiner Ansicht erlaubt es diese Rechtslage jedem Deutschen, gemäß § 812, 816 BGB, diese
erbrachten Leistungen zurückzufordern.
Auf Grund der bisher dargelegten Rechtspositionen sind meiner Auffassung nach,
alle eingeleiteten Maßnahmen gegen Bürger des Deutschen Reiches rechtswidrig.*

*Ich würde daher anregen, verschiedene Verfahren auszusetzen und in direkter oder analoger
Anwendung von Artikel 100 Grundgesetz die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes
einzuholen. Die Fragestellung lautet, ist das Grundgesetz für die BRD vom 23.05.1949 noch in Kraft?
Das zur Lage der Nation.*

SPD-Abgeordneter :

Das würde im Endeffekt bedeuten, alle Bundesregierungen seit dem 18.07.1990,
regierten illegal eine nicht vorhandene Geisterrepublik ?

Herr X., CDU :

Könnte man so sagen, Herr Kollege, könnte man so sagen.

SPD-Abgeordneter :

Was ist mit unseren Landtags- und Bundestagswahlen ?

Herr X., CDU :

Sollte sich diese von mir geschilderte Rechtsauffassung bestätigen, waren alles nur Phrasen.

SPD-Abgeordneter :

Was werden Sie tun, wenn jemand auf die Idee kommt Sie dieser Auffassung wegen einzubuchen ?

Herr X., CDU :

*Mein Lieber Herr X., sollte dieses passieren, werde ich das Thema so laut propagieren,
das die ganze Welt erfährt, was in diesem unseren Lande wirklich läuft.*

Was Soll das Gejammer, es kommt noch schlimmer !

Wörtliche Wiedergabe eines Gespräches zwischen Insider.

SPD-Abgeordneter :

Warum sind Sie mit diesem Wissen Politiker geworden, geehrter Herr X. ?

Herr X., CDU :

Zuerst war ich naiv genug, zu glauben etwas bewirken zu können, ich wollte mit gestalten. Dann erst erfuhr ich von dieser undurchsichtigen Rechtslage, über die ich mit Ihnen sprach. Irgendwann informierte man mich über speziell eingerichtete Möglichkeiten, bequem zu bleiben und dabei richtig Kasse zu machen. Dies war die Vorstufe zur Korruption. Heute bin ich nur noch Politiker, rede viel, sage nichts und warte ab, was andere machen, damit ich profitätsüchtig über sie herziehen kann, wenn was schiefliegt. Im Wissen ein kleiner Teil eines großen Bühnenbildes zu sein, das für ein noch größeres Drama, mit schauspielerisch drittklassigen, Darstellern gemeinsam warten, bis der Vorhang fällt.

SPD-Abgeordneter :

Diese Aussage finde ich als Neueinsteiger richtig motivierend.
In dieses Thema haben Sie die restlichen sieben Sätze verpackt, die ein Politiker niemals sagen sollte.

Herr X., CDU :

Machen wir uns nichts vor, Herr Kollege, die meisten von uns wissen wohin der Hase läuft und machen deshalb den meisten Lärm vor den jeweilig sich selbst betreffenden Wahlen. Wer arbeitet, macht Fehler, wer nicht arbeitet, vermeidet Fehler. Nur selten ist jemand zur Rechenschaft gezogen, worden, der nichts tut. Abgesehen davon, dass wirklich keiner die geringste Ahnung hat, was danach kommt.

SPD-Abgeordneter :

Machen wir Politiker Deutschland bewußt kaputt ?

Herr X., CDU :

*Was soll da noch kaputt zu machen sein ?
Zukunftsangst macht sich breit, die Binnenwirtschaft lahmt, dazu die höchsten Staatsschulden. Freizeitanlagen und Bildungseinrichtungen müssen aus Geldmangel schließen, Gebühren steigen, viele Bürger fühlen sich vom Staat abgezockt und betrogen. Jedes vierte der rund 2000 Krankenhäuser wird in den kommenden Jahren geschlossen. Gesundheitspflege entwickelt sich zum Privileg der Reichen. Die Unsicherheit über die Altersversorgung nimmt rapide zu und statistische Tricks können Tatsachen nur eine bestimmte Zeit lang verschleiern. Selbst im Zuge optimistischer Aussagen über einen angeblich bevorstehenden Aufschwung irgendwelcher Schönwetterredner, schwingt offen die Angst vor Rezession mit. Das Jahr 2004 wird nicht als ein glanzvolles in die Geschichte der Deutschen eingehen. Sagen Sie mir, was kann noch kaputt gemacht werden ?*

SPD-Abgeordneter :

Ist des nicht nur Schwarzmalerei ?

Herr X., CDU :

Lieber Kollege. nennen Sie es wie Sie wollen, aber ich bitte Sie, wenn Sie an einer einzigen Ecke dieser Republik auch nur den geringsten Lichtblick erkennen, lassen Sie es mich wissen. Noch sind die Deutschen zurückhaltend, aber ich garantiere ihnen, die bevorstehende Landtagswahl in Schleswig-Holstein gestaltet sich für Schröder zur Wahlschlappe. Noch wird es zu keiner dramatischen Machtverschiebung kommen, aber es ist der Anfang vom

Was Soll das Gejammer, es kommt noch schlimmer !

Wörtliche Wiedergabe eines Gespräches zwischen Insider.

Ende. Müntefering, Simonen und andern SPD Spitzenfunktionäre fragen sich spätestens am Montag den 21. Februar, wie es wohl möglich ist, die Führung an die CDU zu verlieren.

Das Auslaufmodell Rot-Grün sollte sich unter anderem zum Beispiel über Hartz IV Gedanken machen, bereits mehrere Gerichte bestätigten die Verfassungswidrigkeit.

Damit wären tausende Bescheide schlicht falsch.

OK. Ich muß mich nun verabschieden, mein Bester und wünsche ihnen noch einen angenehmen Tag.

SPD-Abgeordneter :

Danke, gleichfalls Kollege, wir hören wieder voneinander, bis dann.

Herr X., CDU :

Noch was, der Mensch hat das Problem, dass er nicht weis, was er nicht weis.

Wüsste er was er nicht weis, könnte er die passende Frage dazu besser formulieren.

Allerdings wäre die Frage auf Grund seines Wissens überflüssig, weil er die Antwort schon kennt.

Haben Sie mich verstanden?

Tschüss, Herr Kollege.